

Antrag I004: Solidaritätserklärung des 22.DGB-Bundeskongresses mit den Streikenden in der Sozialen Arbeit

Antragsteller*in:	Frank Werneke (ver.di · Nr. 00274*01), Maike Finnern (GEW · Nr. 00091*01)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Initiativanträge

1 Wir stehen solidarisch an der Seite der streikenden kommunalen Beschäftigten der
2 Sozialen Arbeit in der Tarifaueinandersetzung in der laufenden Tarifrunde für den
3 Sozial- und Erziehungsdienst im Tarifgebiet des Tarifvertrags für den öffentlichen
4 Dienst (TVöD). Rund 330.000 Beschäftigte sind direkt von der Tarifrunde betroffen.
5 Auf die ca. 1. Mio weiteren Beschäftigten der Sozialen Arbeit bei kirchlichen und
6 freien Trägern und bei den Ländern wirkt dieser Tarifvertrag indirekt, da meist die
7 tariflichen Regelungen entsprechend angepasst werden.

8 Die Kolleg*innen fordern:

- 9 • Verbesserungen der Arbeitsbedingungen
- 10 • Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel
- 11 • Finanzielle Anerkennung der Arbeit.

12 Die Zeit für eine spürbare Entlastung und bessere Arbeitsbedingungen ist jetzt, denn
13 die Fachkräfte der Sozialen Arbeit sind seit Jahren extrem belastet. Schlechte
14 Personalschlüssel in allen Arbeitsfeldern bei steigenden Anforderungen sind die
15 Ursache. Sie sind die Berufsgruppen mit dem höchsten Burnout – Risiko und der
16 höchsten Corona-Erkrankungsrate. Der Fachkräftemangel ist in den Kitas und im
17 schulischen Ganztags, in der Sozialarbeit und in der Behindertenhilfe seit Jahren
18 eklatant hoch. Durch die Corona-Krise hat er sich noch weiter zugespitzt, weil viele
19 Beschäftigte die Soziale Arbeit verlassen und sich andere Arbeit suchen. Das
20 Deutsche Jugendinstitut hat bei der Berechnung des künftigen Ressourcenbedarfs in der
21 frühkindlichen Bildung und Betreuung ermittelt, dass bis zum Jahr 2025 bis zu 1,2
22 Millionen Kitaplätze und über 300 000 Fachkräfte zusätzlich fehlen, wenn sich nicht
23 grundlegend etwas ändert. Der ver.di Kita-Personalcheck hat ergeben, dass aktuell
24 beim gegebenen Ausbaustand ein Fehlbedarf von 173.000 Fachkräften besteht. Die
25 Einführung weiterer Rechtsansprüche, wie die schrittweise Einführung des
26 Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung, Erziehung und Betreuung von Schulkindern,
27 wird die Nachfrage nach Fachkräften weiter steigen lassen.

28 Der Teufelskreis aus schlechten Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, dadurch
29 ausgelöster Abwanderung und Zunahme des Fachkräftemangels muss durchbrochen werden.

30 Die Arbeitsbedingungen, die personelle und die finanzielle Ausstattung des Sozial-
31 und Erziehungsdienstes müssen deutlich verbessert werden. Der Trend in diesen

- 32 Arbeitsfeldern nicht- oder geringqualifiziertes Personal statt Fachkräften
33 einzustellen, muss unterbrochen werden.
- 34 Kindertagesstätten und schulischer Ganzttag dürfen nicht zu Verwahranstalten
35 verkommen, sondern sind wesentliche Bildungseinrichtungen. Sozialarbeit und
36 Behindertenhilfe müssen so ausgestattet werden, dass sie den Krisen in unserer
37 Gesellschaft und den Rechten des Einzelnen gerecht werden können - ohne, dass sich
38 die Beschäftigten dabei individuell aufreiben müssen.
- 39 Bisher haben zwei Verhandlungsrunden mit der Vereinigung der kommunalen
40 Arbeitgeberverbände (VKA) stattgefunden. Von Gewerkschaftsseite wurden den
41 Arbeitgebern die Forderungen im Detail und ausführlich begründet vorgetragen. Trotz
42 mehrerer Warnstreiks insbesondere am internationalen Frauentag und in der ersten
43 Maiwoche ist bisher kein ernsthafter Verhandlungswille der VKA zu erkennen. Deshalb
44 wird der gewerkschaftliche Druck im Vorfeld der 3. Verhandlungsrunde am 16./17. Mai
45 2022 noch einmal verstärkt, um hier zu ernsthaften Verhandlungen und einem guten
46 Ergebnis zu kommen. Sollte dies nicht gelingen, wird der gewerkschaftliche Druck in
47 den nächsten Wochen verstärkt werden.
- 48 Die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften werden aufgefordert, die Tarifbewegung für den
49 Sozial- und Erziehungsdienst aktiv zu unterstützen. Möglichkeiten bestehen durch
50 Beteiligung an gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen, die Eintragung
51 als Unterstützer*in der Tarifbewegung, durch Schreiben an die Bürgermeister*innen im
52 Rahmen einer Elternaktion, durch Streuung der gewerkschaftlichen Informationen in den
53 Sozialen Medien sowie durch Ansprechen des Themas im Beschäftigten-, Familien- und
54 Freundeskreis.